

„Legitimation durch Zukunft“

Tagungsbericht zum Workshop des Forschungskollegs normative Gesellschaftsgrundlagen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn am 30. bis 31. Januar 2026

Die Erschütterungen der Internationalen Ordnung sowie die inneren Verfeindlichungstendenzen durch Populismen nötigen demokratische Gesellschaften zur äußeren Selbstbehauptung gegen autoritäre Systeme wie auch zur kritischen Sicht auf die eigenen Versäumnisse im Innern. Historisch betrachtet ist es die Lernfähigkeit offener demokratischer Gesellschaften gewesen, die es ihnen ermöglichte, sich wirtschaftlich, technologisch und kulturell fortwährend neu zu erfinden und gegenüber ideologiegetriebenen Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu bestehen. Gegenwärtige Vorstellungen von Zukunft beeinflussen dabei maßgeblich, wie offene Gesellschaften eine krisengeschüttelte Gegenwart zu überwinden suchen und sich durch institutionelle Vorkehrungen für Künftiges rüsten wollen. Politische Herrschaft lebt dabei, um zur Durchsetzung zu gelangen, von Legitimitätserzählungen, die sich einerseits auch auf Vergangenes stützen, andererseits aber den Weg in die Zukunft weisen. Zugleich gilt die *Maxime*: „Niemand kennt die Zukunft, so wie sie kommen wird“ (*Udo Di Fabio*). Der Staat befindet sich dabei in einer Triage der Krisen und kann nicht alle Herausforderungen in der Gegenwart gleichzeitig mit gleicher Intensität adressieren, lebt aber zugleich von der Flexibilität, in der nahen oder fernen Zukunft auf neue Herausforderungen reagieren können zu müssen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen krisenhafter Gegenwart und zukünftiger Handlungsfähigkeit war der Gegenstand der interdisziplinären Tagung „Legitimation durch Zukunft“ des seit 2016 bestehenden Forschungskollegs normative Gesellschaftsgrundlagen der Universität Bonn unter der Leitung seines Gründungsdirektors *Udo Di Fabio*, um einen wissenschaftlich kritischen Blick auf die Legitimation politischer Herrschaft durch Zukunft zu wagen. In den Demokratien des Westens ereignen sich Mechanismen der politisch-rechtlichen Institutionalisierung von Zukunftsvorstellungen, die Lern- und Handlungsfähigkeit offener Gesellschaften einerseits befördern, vielfach aber auch einseitig verengen und hemmen können. Der Workshop hinterfragte die politische Instrumentalisierung und Institutionalisierung von Zukunftsvorstellungen und mögliche daraus resultierende gesellschaftliche Spannungen, die *Clemens Albrecht* als Fellow des Forschungskollegs im akademischen Jahr 2025/2026 untersucht. Im Rahmen dreier hochkarätig

besetzter Panels, aufgeteilt auf zwei Tage, wurde über die Quellen von Zukunftswissen und ihre politische Umsetzung kontrovers diskutiert.

Zunächst untersuchte die erste Runde des Workshops aus wissenssoziologischer und historischer Perspektive, wie Zukunftswissen generiert wird; *Werner Gephardt* verdeutlichte die Eigenzeitlichkeit kultureller Perspektiven, die jede Bezugnahme auf Vergangenheit oder Zukunft relativiert. *Frank Bösch* kontrastierte dies mit seiner geschichtswissenschaftlichen Forschung: Auch in den 1970er- und 1980er-Jahren herrschte ein Umfeld multipler Krisen, und die wissenschaftliche Risikobewertung habe oft nachträglich visionäre Narrative erzeugt. *Lucian Hölscher* lieferte die theoretische Basis: Die „Entdeckung der Zukunft“ sei ein typisch modernes Phänomen, das lineare Prognosen über komplexe gesellschaftliche Probleme erzwingt und so die Pluralität von Zukunftsperspektiven in Frage stellt.

Gegenstand des zweiten Panels war die Frage, wie Zukunftserwartungen und -narrative politische Legitimation stiften können und durch ihre institutionelle Verrechtlichung zukünftige Handlungsoptionen prädestinieren. Im Zentrum stand hier die Auseinandersetzung um den von *Clemens Albrecht* geprägten wissenschaftlichen Innovationsbegriff des *Futulismus* zur Beschreibung politischer Gegenwartsmuster. Die Idee des *Futulismus* dient hier dazu, in Ergänzung zur von Populismusforschung der Sozialwissenschaften, den überschießenden Umgang mit Zukunft als Legitimationsidee analytisch zu erfassen. Zentral war die Frage, wie der Versuch, einen singulären Stellvertretungsanspruch gegenüber der Zukunft zu beanspruchen, zu einer Single-Purpose-Gesellschaft führen kann, die sowohl staatliches Handeln als auch individuelle Freiheiten einschränkt und damit die Lernfähigkeit offener Gesellschaften erschwert oder jedenfalls die nicht intendierten Folgekosten gesellschaftlicher Kurskorrekturen vergrößert. Dabei variiert der Stellvertretungsanspruch: einmal gegenüber dem Volk, einmal gegenüber der Zukunft selbst. Dystopien und Utopien können im Extremfall miteinander eine ungute Verbindung eingehen und dazu dienen, unter Zuhilfenahme überzeichneter Zukunftserzählungen das politisch-gesellschaftliche System zu delegitimieren, um autoritäre Herrschaftsansprüche zu manifestieren. Das dritte Panel des Workshops befasste sich mit der Wirkweise von Zukunftserwartungen auf den Krisenfeldern der Gegenwart, die von der vermeintlichen Rückabwicklung der Globalisierung, über die Klimakrise bis zur Wiederkehr des Krieges in Europa reichen. Die Medizin-Ethikerin *Christiane Woopen* lenkte hierbei den Blick auf die persönliche Dimension politischer Krisendiagnosen, in denen Machtkalkül das Handeln politischer Akteure dominiert. Abschließend betonte der Direktor des Forschungskollegs *Udo Di Fabio* die Überschätzung menschlicher Prognosefähigkeit als Kern moderner Krisen. Er zeigte die Konflikte zwischen Klimaschutz, Verteidigungsfähigkeit und Wohlstandsinteressen auf und plädierte für einen weisen, institutionell

sensiblen und nachhaltigen Umgang mit Zukunftsvorstellungen, um die politische Handlungsfähigkeit Deutschlands und der Europäischen Union in der Zeit zu erhalten.

Insgesamt verdeutlichte der Workshop, dass *Futurismus* als politische Strategie Spannungen zwischen Stellvertretungsansprüchen, Krisenmanagement und gesellschaftlicher Freiheit erzeugt, die sich nicht durch einfache Prognosen oder singuläre Lösungsmodelle auflösen lassen. Entscheidend für die Handlungsfähigkeit offener Gesellschaften ist es, Zukunftsvorstellungen Raum zur Entfaltung zu bieten und damit Kräfte zu mobilisieren, die sich im systemischen Wettstreit als die entscheidende Stärke der Demokratie als Entfaltungsordnung, die sich dem Ideal des normativen Individualismus verpflichtet hat, darstellt.

Sinan Kurt und Tim Huyeng